

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am

**29.11.2016**, um **18:00**, im kleinen Sitzungssaal (Raum 118) des Rathauses, Marktplatz 14, Baunatal-Altenbauna.

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:33 Uhr

---

### Anwesende:

Stadtverordnete Bachmann, Maritta  
Bader, Egon  
Stadtverordneter Berghaus, Matthias  
Stadtverordneter Dittmar, Arnold  
Erste Stadträtin Engler, Silke  
Stadtverordneter Hasper, Hannes  
Stadtverordnete Leise, Dagmar  
Stadtverordneter Löber, Ralf  
Stadtverordneter Lorenz, Dr. Klaus-Peter  
Stadtverordnetenvorsteher Lutze, Peter  
Stadtverordnete Pütz, Ingrid  
Stadtverordneter Rost, Lothar  
Stadtverordneter Sell, Gerhard

### Verwaltung:

stv. Betriebsleiter Kaiser, Axel, Betriebsleiter  
Fachbereichsleiterin Krause, Rahel  
Fachbereichsleiter Schenk, Uwe  
stv. Fachbereichsleiter Wicke, Hartmut

Der Ausschussvorsitzender, Herr Löber, eröffnet die Sitzung, zu der mit Schreiben vom 23.11.2016 form- und fristgerecht geladen war, und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es ergeben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### TAGESORDNUNG:

- I. **Öffentlicher Teil**
- 1 **Förderprogramm "Soziale Stadt"**  
**Integriertes Handlungskonzept für das Wohngebiet Baunsberg**
- 2 **Entwurfsbeschluss zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 A**  
**"Stadtzentrum", Stadtteil Altenbauna**
- 3 **Mitteilungen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Förderprogramm "Soziale Stadt" Integriertes Handlungskonzept für das Wohngebiet Baunsberg**

Vorlagen-Nr. 354/2016

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Eckpunkte des Integrierten Handlungskonzeptes für das Wohngebiet Baunsberg, bestehend aus dem Maßnahmegebiet, den Grundsätzen, dem Leitbild und den Entwicklungszielen der einzelnen Handlungsfelder gemäß den beigefügten Anlagen.

Beratungsergebnis: 10 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

### **2 Entwurfsbeschluss zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 A "Stadtzentrum", Stadtteil Altenbauna**

Vorlagen-Nr. 358/2016

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 A „Stadtzentrum“, Stadtteil Altenbauna, zur öffentlichen Auslegung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB.

Beratungsergebnis: 10 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

### **3 Mitteilungen**

Erste Stadträtin Frau Engler berichtet,

- Über die Anfrage Bündnis 90/Die Grünen zum Energiebericht 2015 im Nachgang zur Stadtverordnetenversammlung am 14.11.2016.

Was beinhalten die in der Verwaltung vorliegenden Energiestudien für die städtischen Liegenschaften Max-Riegel-Halle, Rathaus und Stadthalle?  
Wann und von wem wurden diese Energiestudien erstellt?

Die im Energiebericht 2015 auf Seite 19 erwähnten Energiestudien aus dem Jahre 2008 sind teilweise Energieausweise mit zusätzlichen Erläuterungen, teilweise auch Berechnungen nach DIN 18599 oder Energieberatungsberichte. Die DIN 18599 befasst sich mit der Berechnung des Nutz-, End- und Primärenergiebedarfs für Heizung, Kühlung, Lüftung, Trinkwarmwasser und Beleuchtung (Energiebilanz) von Gebäuden.

Darauf aufbauend sind von der Verwaltung Analysen für größere Investitionsvorhaben in Auftrag gegeben worden. In diesen wird der notwendige Umfang der Modernisierungsmaßnahme abgeleitet. Insbesondere werden die baulichen, technischen und die brandschutztechnischen Notwendigkeiten bestimmt. Die Analysen wurden erstellt, um die Dringlichkeit der Maßnahme einzuordnen und einen ungefähren Kostenansatz zu ermitteln.

#### Rathaus

2010, Planungsgesellschaft EHS beratende Ingenieure GmbH, Atelier 30 Architekten GmbH und InnovaTec Energiesysteme GmbH

Ein erster Teil ist mit dem Umbau der Bücherei, des Standesamtes, des Bürgerbüros, Raum 118 und des Stadthalleneingangs bereits umgesetzt. Bei den seinerzeitigen Gremienberatungen in 2011/2012 ist auch auf die Gesamtanalyse eingegangen worden.

#### Stadthalle

2011 mit Fortschreibung in 2015, Planungsgemeinschaft EHS beratende Ingenieure GmbH, Atelier 30 Architekten GmbH und Döring beratende Ingenieure GmbH

Am 10.05.2016 wurde das Ergebnis der Projektstudie in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorgestellt.

#### Max-Riegel-Halle

2013, Architekturbüro RSE

Die Vorstellung der Studie ist in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 31.01.2017 geplant.

- über den aktuellen Sachstand zum Konzept der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.
  1. *Die folgenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden seit der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 03.11.2015 umgesetzt bzw. begonnen:*
    - a) GU 17:  
Ersatz der aus Verkehrssicherungsgründen gefälltten Pappeln am Wirtschafts-/Radweg R1 in Guntershausen durch 33 „Junge Riesen“. Die Bäume sind bestellt und werden noch in diesem Jahr durch den Baubetriebshof gepflanzt.
    - b) Ausgleichsmaßnahme zum B-Plan Nr. 41 D Mischgebiet „In der Huhnsecke“ in Großenritte:  
Die vorbereitenden Maßnahmen wurden begonnen. Die Umbaumaßnahmen (Renaturierung der Leisel, Herstellung von Retentionsräumen und einer Fußwegeverbindung) beginnen in 2017.
    - c) Ausgleichsmaßnahme Finoba zum B-Plan Nr. 88 A „Gewerbegebiet Großenritter Straße“ in Hertingshausen:  
Die Maßnahme ist fertiggestellt.
  2. *in Vorbereitung:* Hess. Umweltlotterie GENAU  
Für die Teilnahme an der Hess. Umweltlotterie GENAU wurden Vorschläge erarbeitet, aus denen ein Vorschlag planerisch konkret durchgearbeitet in 2017 angemeldet wird.
  3. *Zuordnung und planerische Vorbereitung von Ausgleichsmaßnahmen zu externen Eingriffen:*  
Da in der Vergangenheit nicht flexibel auf den Ausgleichsbedarf von Investoren/Vorhabenträgern reagiert werden konnte, sollen 3 Maßnahmen aus dem Konzept Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen extrahiert und planerisch vorbereitet werden. Wenn die passenden Maßnahmen ausgewählt sind, wird wieder berichtet.
- über das erteilte Wasserrecht des Regierungspräsidium Kassel. Von der mit Stavo-Beschluss vom 09.12.2013 festgesetzten und beantragten Gesamtjahresentnahmemenge von 810.000 m<sup>3</sup> wurden 600.000 m<sup>3</sup> bewilligt. Von der durchschnittlichen derzeitigen Gesamtjahresentnahmemenge von 470.000 m<sup>3</sup> zur bewilligten Gesamtjahresentnahmemenge besteht noch eine sehr ausreichende Sicherheit von 130.000 m<sup>3</sup>. Eine Klage soll wegen fehlender Aussicht auf Erfolg nicht eingereicht werden.

**DER VORSITZENDE**

**DER SCHRIFTFÜHRER**

**Ralf Löber**  
Stadtverordneter

**Hartmut Wicke**